

Vortrag an den Ministerrat

Bericht über die Tagung des Rates der Europäischen Union (Landwirtschaft/Fischerei) in Brüssel am 21. September 2020

Am 21. September 2020 tagte der Rat Landwirtschaft und Fischerei zum zweiten Mal unter dem Vorsitz der deutschen Ministerin für Ernährung und Landwirtschaft, Julia Klöckner. Die Europäische Kommission war durch die Kommissare Janusz Wojciechowski (Landwirtschaft) und Stella Kyriakides (Gesundheit und Lebensmittelsicherheit) vertreten. Im Vordergrund der Ratssitzung standen die Diskussionen zum GAP-Reformpaket nach 2020 sowie der Gedankenaustausch zu den handelsbezogenen Agrarfragen.

Die Landwirtschaftsministerinnen und -minister tauschten sich dabei zur geplanten Strategieplan-Verordnung der GAP aus. Themenschwerpunkte waren die Umweltarchitektur, die Zielsetzungsmöglichkeiten für Direktzahlungen und das Neue Umsetzungsmodell. Die Delegationen unterstützten das Ziel des Vorsitzes im Oktober eine Allgemeine Ausrichtung zu erzielen und erkannten an, dass die Vorschläge der Präsidentschaft einen Schritt in die richtige Richtung darstellen. Dazu gehören die Einführung eines EU-weit einheitlichen Mindestanteils an unproduktiven Flächen und ein flexibler Ansatz bei den Direktzahlungen. Der Vorschlag, verpflichtende Ökoregelungen mit einer zweijährigen Pilotphase einzuführen, wurde sehr unterschiedlich bewertet. In Bezug auf das neue Umsetzungsmodell erkannten die Ministerinnen und Minister die bisher erzielten Fortschritte an, waren jedoch auch der Ansicht, dass weitere Diskussionen zu bestimmten Themen – dem Genehmigungsprozess der nationalen Strategiepläne und allgemein der Notwendigkeit einer vereinfachten Politik – erforderlich sind.

Der Schutz natürlicher Ressourcen steht für Österreich seit langem im Mittelpunkt der Agrarpolitik. Über 80% der österreichischen Landwirtinnen und Landwirte setzen Agrarumwelt- und -klimamaßnahmen in der zweiten Säule der GAP um, ein Potenzial, das beim Ausbau der Umweltambition berücksichtigt werden muss. Österreich präsentierte daher einen konkreten und praktikablen Vorschlag für die Berücksichtigung von Umwelt-

und Klimamaßnahmen der zweiten Säule bei der Umsetzung der Gemeinsamen Agrarpolitik, der von mehreren Mitgliedstaaten unterstützt wurde.

Hinsichtlich des Tagesordnungspunktes „Handelsbezogene Agrarfragen“ gab die Europäische Kommission dem Rat einen Überblick über kürzlich abgeschlossene Handelsabkommen und die für 2020 vorgesehene Verhandlungen. Weitere Themen waren die Afrika-Strategie der EU, das Russland-Embargo, welches bis Ende 2020 verlängert wurde, sowie Angelegenheiten der Welthandelsorganisation (WTO). Bei dem anschließenden Gedankenaustausch begrüßten die Delegationen die Bemühungen der Kommission, den Agrarhandel trotz der mit COVID-19 verbundenen Herausforderungen aufrechtzuerhalten. Die Mitgliedstaaten bekräftigten, wie wichtig es ist, dass die EU bei der Verteidigung ihrer Interessen einig bleibt.

Unter dem Tagesordnungspunkt „Sonstiges“ informierte die französische Delegation über eine Gemeinsame Erklärung von 15 Mitgliedstaaten, die Produktion von Eiweißpflanzen in der europäischen Landwirtschaft zu entwickeln. Frankreich und Spanien brachten ebenfalls einen weiteren Tagesordnungspunkt über die Mittelzuweisung des Programmes der Regionen in äußerster Randlage der EU im nächsten Mehrjährigen Finanzrahmen ein, um die Aufrechterhaltung der landwirtschaftlichen Produktion in diesen Gebieten weiterhin sicherstellen zu können. Die tschechische und italienische Delegation äußerten sich zudem gemeinsam zu einem EU-weit harmonisierten System der Nährwertangabe auf der Verpackungsvorderseite. Weiters informierte die tschechische Delegation über ihre Initiative, die Haltung von Legehennen in ausgestalteten Käfigen zu verbieten, sowie über die derzeitige Lage am Schweinefleischmarkt. Abschließend berichtete die deutsche Delegation über die aktuellen Entwicklungen bei der Ausbreitung der Afrikanischen Schweinepest im Wildschweinbestand in Deutschland.

Ich stelle daher den

Antrag,

die Bundesregierung wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

8. Oktober 2020

Elisabeth Köstinger
Bundesministerin